

## ERHEBLICHER HANDLUNGSBEDARF FÜR BUDGET- UND ARBEITS- MARKTPOLITIK TROTZ BESCHLEU- NIGUNG DES WACHSTUMS

PROGNOSE FÜR 1999 BIS 2001

*Das WIFO hält seine Konjunkturprognose mit einem realen Wirtschaftswachstum von 2,2% im Jahr 1999 und 2,8% im Jahr 2000 aufrecht. Ein erster Ausblick auf das Jahr 2001 lässt eine weiterhin überdurchschnittliche Ausweitung von Nachfrage und Produktion um 2¾% erwarten. Die anhaltend kräftige Inlandsnachfrage wird um eine merkliche Beschleunigung der Export- und Industriekonjunktur ergänzt. Die Preisstabilität bleibt gewahrt. Die zwei zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen bilden die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte und die Arbeitslosigkeit – beide Größen erreichen aus heutiger Sicht die selbst gesetzten Ziele der Bundesregierung nicht.*

Die vorliegende Konjunkturprognose wird erstmals auf Basis der neuen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach dem SVG 1995 erstellt. Damit ist eine Reihe von konzeptiven Änderungen verbunden, das Datenset des STATÖ liegt noch nicht vollständig vor. Auf dieser Basis wuchs das Bruttoinlandsprodukt im III. Quartal 1999 real um etwa 3%. Für das Jahr 1999 hält das WIFO seine Prognose mit real +2,2% schon seit März aufrecht.

Im 1. Halbjahr 1999 war die Expansion fast ausschließlich von der Inlandsnachfrage getragen. Die privaten Konsumausgaben nahmen dank günstiger Beschäftigungsentwicklung, steigender Einkommen und anhaltender Preisstabilität kräftig zu. Ab Jahresmitte wurde die lebhaftere Konsumnachfrage durch eine Erholung der Export- und Industriekonjunktur ergänzt. Die Produktion der Sachgütererzeugung stieg nach dem Rückgang im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr im III. Quartal um etwa 4%.

Im Jahr 2000 verbessern sich die internationalen Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft: In den USA bleibt die Konjunktur kräftig; in Europa gewinnt sie an Schwung, wozu sowohl die Schwäche des Euro als auch die

Die Konjunkturprognose entsteht  
jeweils in Zusammenarbeit aller  
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1997	1998	1999	2000	2001	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8	
Nominell	+ 2,8	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,9	
Sachgütererzeugung <sup>1)</sup> , real	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,3	+ 4,3	+ 4,3	
Private Konsumausgaben, real	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 0,8	+ 6,8	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,2	
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 4,6	+10,6	+ 6,0	+ 7,0	+ 7,0	
Bauten	- 1,6	+ 4,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0	
Warenexporte <sup>3)</sup>						
Real	+16,5	+ 8,1	+ 4,5	+ 7,0	+ 7,0	
Nominell	+16,8	+ 8,4	+ 4,8	+ 8,1	+ 8,1	
Warenimporte <sup>3)</sup>						
Real	+ 9,4	+ 7,1	+ 6,2	+ 6,5	+ 6,5	
Nominell	+10,9	+ 6,6	+ 6,7	+ 8,1	+ 7,6	
Handelsbilanzsaldo <sup>3)</sup>	Mrd. S -75,2	-67,4	-86,8	-94,0	-96,7	
	Mrd. Euro		- 6,3	- 6,8	- 7,0	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S -64,1	-56,8	-61,2	-64,7	-57,6	
	Mrd. Euro		- 4,4	- 4,7	- 4,2	
	in % des BIP	- 2,5	- 2,2	- 2,3	- 2,0	
Sekundärmarktrendite <sup>4)</sup>	in %	5,7	4,7	4,7	5,5	5,7
Verbraucherpreise	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,0	
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	4,4	4,7	4,4	4,2	4,1	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>	7,1	7,2	6,7	6,5	6,2	
Unselbständig Beschäftigte <sup>7)</sup>	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9	
Finanzierungssaldo des Staates						
in % des BIP	- 1,9	- 2,4	- 2,1	- 2,2	- 1,9	

<sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – <sup>2)</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>3)</sup> Laut ÖSTAT. – <sup>4)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – <sup>5)</sup> Laut Eurostat. – <sup>6)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>7)</sup> Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

Stärke der Binnennachfrage (vor allem in Frankreich, Spanien und einigen kleineren EU-Ländern) beitragen. In Deutschland bleibt die Erholung allerdings aufgrund restriktiver Impulse der Wirtschaftspolitik verhalten. Die Wirtschaft der osteuropäischen Handelspartner überwindet die bremsenden Einflüsse.

Der österreichische Export profitiert nicht nur vom anziehenden Wachstum der Auslandsmärkte, sondern auch von einer deutlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Produktivitätssteigerung und sehr zurückhaltende Lohnpolitik. Die kräftige Zunahme der Warenausfuhr (real +7%) kurbelt auch die Sachgüterproduktion (+4,3%) und die Ausrüstungsinvestitionen an (+7%). Diese Annahmen werden durch das – laut WIFO-Konjunkturtest – sehr optimistische Geschäftsklima bestätigt.

Im Jahr 2000 erhält der private Konsum zusätzliche Impulse: Zwar schwächen die niedrigen Lohnabschlüsse den Anstieg der Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer, die großzügige Steuerreform und die neuerliche Ausweitung der Familientransfers lassen aber die Nettomasseneinkommen kräftig zunehmen (real +2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%). Dies erlaubt eine deutliche Expansion des privaten Verbrauchs, die Umsätze im Handel steigen stark. Für 2001 wird – unter der Annahme einer konsolidierungsorientierten Budgetpolitik – von einer leichten Abschwächung des Konsumwachstums ausgegangen. Unterdurchschnittlich expandiert weiterhin die Bauwirtschaft, sie leidet vor allem unter dem Rückgang im Wohnungsneubau.

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

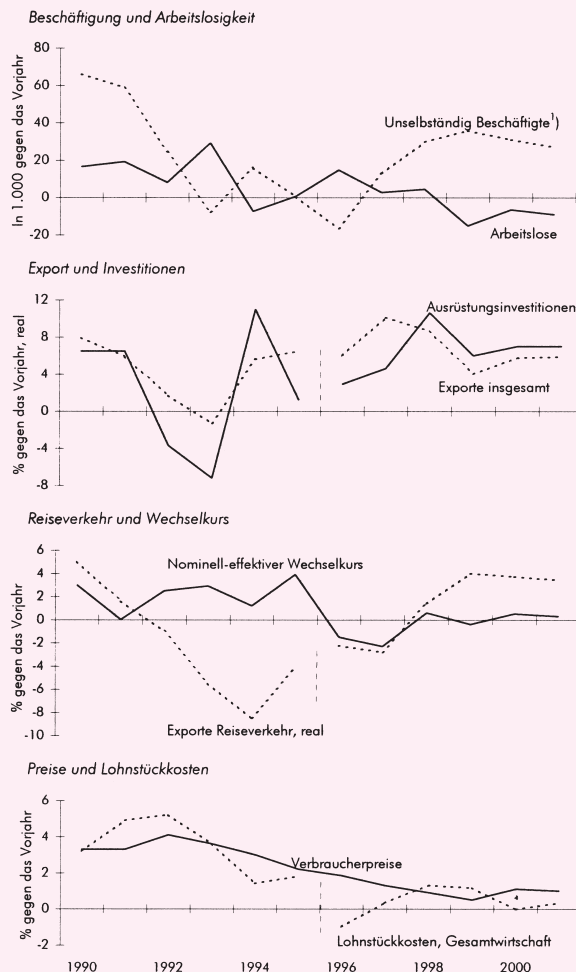
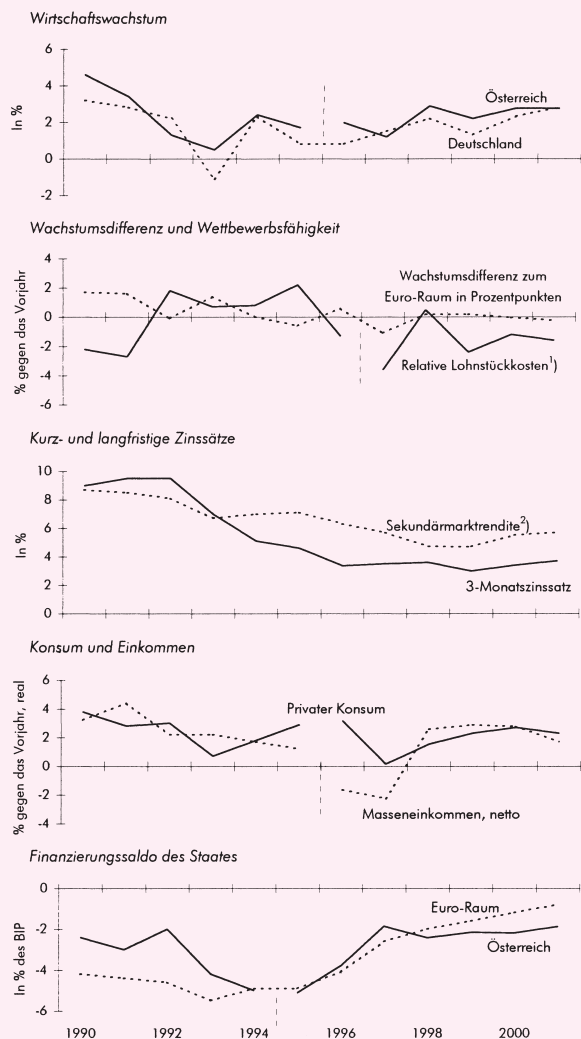
	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Real (zu Preisen von 1995)						
Land- und Forstwirtschaft	60,2	60,2	60,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau <sup>1)</sup>	506,7	528,4	551,2	+ 2,3	+ 4,3	+ 4,3
Energie- und Wasserversorgung	71,9	72,6	73,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5
Bauwesen	193,2	196,1	200,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0
Handel <sup>2)</sup>	317,8	327,3	336,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,8
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	92,1	94,7	97,0	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	201,0	210,1	219,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5
Kreditinstitute und Versicherungen	197,0	201,9	206,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	345,0	355,4	366,1	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	158,2	159,0	159,8	± 0,0	+ 0,5	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen	319,0	322,2	327,0	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>5)</sup>	2.462,1	2.527,9	2.597,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,8
Bruttoinlandsprodukt	2.576,7	2.647,7	2.720,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8

<sup>1)</sup> Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – <sup>2)</sup> Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – <sup>3)</sup> Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – <sup>4)</sup> Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – <sup>5)</sup> Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Das kräftige Wirtschaftswachstum sollte zur Bewältigung der zentralen wirtschaftspolitischen Problembereiche genutzt werden. Im Vordergrund stehen weiterhin die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die Senkung der Einkommen- und Unternehmenssteuern im Rahmen der Steuerreform 2000 um etwa 20 Mrd. S belastet die öffentlichen Haushalte stark. Da ein Bundesvoranschlag für das Jahr 2000 noch fehlt, sah sich der Finanzminister zu einer Kürzung der Ermessensausgaben der Ministerien um etwa 20 Mrd. S veranlasst. Die vorliegende Konjunkturprognose berücksichtigt diese Maßnahme und errechnet eine Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte von 2,2% des BIP für 2000 bzw. 1,9% für 2001. Die Verpflichtungen auf europäischer Ebene und vor allem die Notwendigkeit der Schaffung budgetpolitischer Spielräume für Zeiten ungünstigerer Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung erfordern deshalb weitere Konsolidierungsmaßnahmen.

Die Bundesregierung hat nicht nur im Stabilitätsprogramm mittelfristige Ziele für die Fiskalpolitik gesetzt, sondern im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes für Beschäftigung 1997 auch arbeitsmarktpolitische Ziele bis 2002 festgelegt: Die Beschäftigtenzahl soll um 100.000 zunehmen, die Arbeitslosenquote auf 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% zurückgehen. Aufgrund der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wird die Beschäftigtenzahl im Prognosezeitraum kräftig steigen, und das entsprechende Ziel kann schon im Jahr 2001 erfüllt werden – allerdings nur bezogen auf Beschäftigungsverhältnisse und nicht in Vollzeitäquivalenten gerechnet, da die Teilzeitarbeit stark ausgeweitet wird. Die Arbeitslosenquote (laut EU-Definition) wird bis 2001 auf 4,1% sinken, ein Rückgang auf

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik



Bruch: ESVG 1979/ESVG 1995. – <sup>1)</sup> In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – <sup>3)</sup> Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

3½% bis 2002 erscheint nur bei einer weiteren Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarkt- und Trainingspolitik und verstärkter Schaffung von Vollzeit Arbeitsplätzen möglich.

Die österreichische Wirtschaft befindet sich in einem deutlichen Aufschwung, der sowohl von der Inlands- als auch von der Expornachfrage Impulse erfährt. Angebotsseitige Wachstumsbeschränkungen sind angesichts der regen Investitionstätigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und steigenden Arbeitskräfteangebotes nicht zu erkennen. Darauf deutet auch die anhaltende Preisstabilität hin – die Inflationsrate beträgt auf Verbraucherebene im Jahr 2000 nur 1,1%. Die Risiken der vorliegenden Konjunkturprognose liegen im internationalen Umfeld: Die Konjunktur der beiden wichtigsten Handelspartner – Deutschland und Italien – hinkt merklich hinter jener der anderen EU-Länder nach. In beiden Ländern ist die Geld- und Budgetpolitik schon in der Frühphase des nur zögerlich in Gang kommenden Konjunkturaufschwungs restriktiv. In den USA bestehen erhebliche makroökono-

mische Ungleichgewichte in Form eines hohen Leistungsbilanzdefizits und einer ungewöhnlich niedrigen Sparquote der privaten Haushalte; deren Rückführung auf ein Normalniveau würde die Gefahr eines Wachstumseinbruchs mit sich bringen.

**GROSSE MAKROÖKONOMISCHE UNGLEICHGEWICHTE IN DEN USA**

Die Stärke der Binnennachfrage übersteigt in den USA nach wie vor alle Erwartungen, Anzeichen einer Abschwächung gibt es derzeit nicht. Das BIP wies 1999 zum vierten Mal in Folge ein reales Wachstum von etwa 4% auf. Die starke Wachstumsdynamik trägt nicht nur entscheidend zur Stabilisierung der Weltwirtschaft bei, sondern bildet auch die wichtigste Determinante für den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Allerdings haben sich in den letzten Jahren erhebliche makroökonomische Ungleichgewichte aufgebaut. So ist vor allem die Sparquote der

privaten Haushalte eingebrochen, sie lag 1999 nur noch bei 2% (Anfang der neunziger Jahre 8%). Die markante Ausweitung des Konsums in Relation zum laufenden Einkommen hängt auch mit einem erheblichen Anstieg der Aktienkurse zusammen, die zur Zeit deutlich überbewertet sind. Ein zweites Ungleichgewicht besteht in der Außenwirtschaft: Das hohe Defizit des Finanzierungssaldos des privaten Sektors geht mit merklichen Überschüssen des öffentlichen Sektors und des Auslands einher – das Leistungsbilanzdefizit erreicht 338 Mrd. \$ (3½% des BIP), d. h. die Investitionen werden im Wesentlichen durch das Ausland finanziert.

Die niedrige private Sparquote ist mittelfristig nicht haltbar. Eine mögliche Korrektur der Börsennotierungen würde die Rückführung der Sparquote auf ihr langjähriges Durchschnittsniveau bewirken und die Konsumnachfrage, aber auch die Investitionstätigkeit merklich abkühlen. Dies muss nicht zu einer Rezession führen, vor allem wenn eine aktive Geld- und Budgetpolitik die gegebenen Spielräume für eine expansive Gegensteuerung auszunutzen bereit ist. Unter den gegenwärtigen Annahmen wird die Wirtschaft der USA im Jahr 2000 real um 3% und 2001 um 2% expandieren.

### SCHWANKUNGEN DER WECHSELKURSE ZWISCHEN EURO, DOLLAR UND YEN

*Die Stärke des Dollars gegenüber dem Euro entspricht den Wachstums- und Zinsdifferenzialen zwischen den beiden Regionen und trägt zu einer Belebung der Exportkonjunktur in Europa bei. Im Zuge der Erholung des Wirtschaftswachstums in der EU werden für die Jahre 2000 und 2001 ein Zinsanstieg und eine Aufwertung des Euro erwartet.*

Die beeindruckende Dynamik der Konjunktur in den USA und das damit zusammenhängende positive Zinsdifferential gegenüber Europa sind die wichtigsten Ursachen für die Schwäche des Euro – oder vielmehr die Stärke des Dollars. Die Abwertung des Euro – seit Jahresbeginn gegenüber dem Dollar etwa 15% – bildet aus wirtschaftlicher Sicht ein taugliches Mittel zur Überwindung der Konjunkturdelle vom Jahreswechsel 1998/99 in Europa. Sie verbessert die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporteure auf dem dynamischen Markt der USA und auf umkämpften Drittmärkten merklich und trägt so zur Erholung der Exportkonjunktur bei.

Die EZB hat Anfang November die Zinsen erhöht. Dieser Schritt kam angesichts der frühen Phase der Konjunkturerholung, des Fehlens eines über höhere Erdölnotierungen hinausgehenden Preisanstiegs und erheblicher Unsicherheiten über die Entwicklung der Geld-

### Entwicklung der Nachfrage

	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Mrd. \$			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Konsumausgaben	1.929,8	1.963,4	1.997,2	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7
Insgesamt						
Private Haushalte <sup>1)</sup>	1.430,4	1.469,1	1.502,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3
Staat	499,3	494,3	494,3	+ 0,3	- 1,0	± 0,0
Bruttoinvestitionen	645,1	674,8	701,8	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,0
Bruttoanlageinvestitionen	626,0	650,4	677,9	+ 3,3	+ 3,9	+ 4,2
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	272,3	291,4	311,8	+ 6,0	+ 7,0	+ 7,0
Bauten	353,7	359,0	366,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0
Vorratsveränderung <sup>3)</sup>	19,1	24,4	23,9			
Statistische Differenz	0,0	0,0	0,0			
Inländische Verwendung	2.574,8	2.638,2	2.699,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3
Exporte	1.191,8	1.260,6	1.334,7	+ 4,0	+ 5,8	+ 5,9
Reiseverkehr	136,2	141,3	146,1	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,4
Minus Importe	1.190,0	1.251,1	1.313,1	+ 4,1	+ 5,1	+ 5,0
Reiseverkehr	102,1	100,3	99,8	- 4,0	- 1,8	- 0,5
Bruttoinlandsprodukt	2.576,7	2.647,7	2.720,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8
Nominell	2.685,9	2.782,5	2.889,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,9
Mrd. Euro	195,2	202,2	210,0			

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – <sup>3)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

menge M3 zu einem wenig passenden Zeitpunkt. Mit der zyklischen Erholung in Europa und gleichzeitiger Wachstumsabschwächung in den USA sollte sich der Euro-Kurs in den kommenden zwei Jahren allerdings wieder erholen.

In der Prognose der kurzfristigen Zinssätze wird eine Orientierung an den Inflationserwartungen und dem Konjunkturverlauf unterstellt. Die entsprechenden Annahmen lassen einen Anstieg des Dreimonatszinssatzes auf 3½% (2000) und 3¾% (2001) erwarten, der primär aus der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums abgeleitet wird. Die langfristigen Zinssätze sind in Europa durch das Zinsniveau der USA, für das nur noch ein leichter Anstieg erwartet wird, und die Geldpolitik in Europa bestimmt. Die Sekundärmarktrendite der Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (benchmark) sollte demnach auf 5½% bzw. 5¾% steigen.

Die Aufwertung des Yen gegenüber Dollar und Euro – seit Jahresbeginn 11% bzw. 30% – spiegelt Wirtschaftsentwicklung und wirtschaftspolitische Notwendigkeiten viel weniger wider als der Verlauf der Dollar-Euro-Relation. In Japan bleibt das Wachstum schwach und in erheblichem Ausmaß auf die umfangreichen öffentlichen Ausgaben angewiesen. Allerdings ergaben sich jüngst Anzeichen einer vorsichtigen Erholung im privaten Konsum, und mit der Belebung der Konjunktur wichtiger südostasiatischer Handelspartner könnte auch der Export wieder in Schwung kommen. Dies veranlasst internationale Finanzanleger, die nach Südostasien-, Russland- und Lateinamerikakrise geeignete Anlagemöglichkeiten suchen, zu einer Rückkehr auf den japanischen Aktienmarkt. Die sich daraus ergebende Aufwertung des Yen bildet gleichzeitig eine wichtige Bremse für das Einsetzen eines Konjunkturaufschwungs.

## ERHEBLICHE WACHSTUMSUNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN TRANSFORMATIONSLÄNDERN

Der Aufholprozess der osteuropäischen Transformationsländer erfolgt unterschiedlich rasch. Besonders groß sind die institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Russland. Die markante Rubelabwertung im Zuge der Finanzkrise und der Anstieg der Erdölnotierungen verliehen der Industrieproduktion Auftrieb und entlasteten Leistungsbilanz sowie Staatshaushalt, eine dauerhafte Erholung zeichnet sich jedoch nicht ab.

In Ost-Mitteuropa machen hohe Leistungsbilanzdefizite nahezu regelmäßig eine Restriktionspolitik mit dem Ziel einer Dämpfung der Inlandsnachfrage notwendig – wie 1998/99 in Tschechien und 1999/2000 in der Slowakei. Das Wirtschaftswachstum schwächte sich in Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien 1999 im Durchschnitt auf nur noch 2½% ab.

Die Ungleichgewichte entstehen aufgrund des hohen Importbedarfs an westlichen Konsum- und Investitionsgütern im Zuge des Aufholprozesses und der zurückhaltenden Nachfrage nach osteuropäischen Produkten in Westeuropa. Die Kapitalzuflüsse vor allem in Form von Direktinvestitionen sind zwar rege, reichen aber oft nicht aus, um das Defizit im Waren- und Dienstleistungsbe- reich auszugleichen. Besonders stark nimmt derzeit das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht in Polen zu.

Für 2000 und 2001 wird für diese Ländergruppe dennoch eine Wachstumsbeschleunigung erwartet, denn die Erholung in der EU wird auch die Importe aus Osteuropa rascher expandieren lassen und so die vom Leistungsbilanzungleichgewicht ausgehende Konjunktur- bremsen lockern.

## EXPANSION INNERHALB DER EU SEHR UNTERSCHIEDLICH

*In Europa hat im Frühjahr 1999 ein Konjunkturaufschwung eingesetzt, der seinen Höhepunkt erst im Jahr 2001 erreichen dürfte. Der Export erholt sich in allen EU-Ländern deutlich. Die ausgeprägten Wachstumsunterschiede zwischen Frankreich, Spanien und einigen kleineren Ländern einerseits sowie Deutschland und Italien andererseits erklären sich vor allem durch die unterschiedliche Dynamik der Inlandsnachfrage.*

In Europa ist die Wachstumsdelle der Jahreswende 1998/99 überwunden. Im Sommer haben sich die vom Export ausgehenden Impulse zur Konjunkturerholung

### Annahmen über die internationale Konjunktur

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,5
USA	+ 4,5	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,0
Japan	+ 1,4	- 2,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,0
EU	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,0
Euro-Raum	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,0
Deutschland	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,3	+ 2,8
Ost-Mitteuropa <sup>1)</sup>	+ 5,1	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,8	+ 4,5
Welthandel, real	+10,0	+ 5,1	+ 4,5	+ 6,5	+ 6,0
OECD-Exporte	+11,3	+ 5,4	+ 3,5	+ 6,3	+ 6,0
Intra-OECD-Handel	+11,3	+ 7,9	+ 5,5	+ 6,3	+ 6,0
Marktwachstum <sup>2)</sup> Österreichs	+ 8,3	+ 7,8	+ 4,0	+ 5,8	+ 5,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise <sup>3)</sup>					
Insgesamt	- 2,0	-23,0	+13,0	+17,0	+ 1,0
Ohne Rohöl	+ 1,0	-13,0	- 8,0	+ 7,0	+ 3,0
Erdölpreis <sup>4)</sup> \$ je Barrel	19,1	12,7	17,0	21,0	21,0
Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro	1,134	1,121	1,07	1,10	1,12

<sup>1)</sup> Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – <sup>2)</sup> Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>3)</sup> HWWA-Index, Dollarbasis. – <sup>4)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

weiter verstärkt. Vor allem die Ausfuhr in die USA und nach Asien belebte sich dank reger Importnachfrage aus diesen Regionen und günstiger Wechselkursentwicklung. Seit Jahresbeginn 1999 haben sich deshalb Vertrauensindikatoren und Produktion in der Industrie merklich erholt. In der Mehrzahl der EU-Länder expandieren Konsum- und Baunachfrage schon seit 1998 kräftig. Das Verbrauchervertrauen, das in engem Zusammenhang mit der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit steht, hält im langjährigen Vergleich ein Rekordniveau.

Das Wirtschaftswachstum wird sich in der EU nach real 2% (1999) dank anhaltend kräftiger Inlandsnachfrage und der Erholung im Export auf 2¾% beschleunigen. Unter den gegenwärtigen Annahmen scheint ein weiterer Anstieg auf 3% im Jahr 2001 möglich. Zwischen den EU-Ländern bestehen allerdings erhebliche Wachstumsunterschiede: Überdurchschnittlich expandieren Produktion und Nachfrage in Südeuropa (mit Ausnahme Italiens), Skandinavien (mit Ausnahme Dänemarks), Irland und den Niederlanden. Unter den großen EU-Ländern beeindruckt vor allem die gute Wirtschaftsentwicklung Frankreichs. Das BIP expandiert schon seit 1998 real um etwa 3% pro Jahr, um etwa 1 Prozentpunkt stärker als in Deutschland und sogar leicht über dem EU-Mittel. Überdurchschnittlich entwickelt sich vor allem die Konsumnachfrage, die vom kräftigen Beschäftigungswachstum und der wenig restriktiven Budgetpolitik profitiert.

In Deutschland setzt sich die Wachstumsschwäche – sie hält seit der Rezession 1993 an – weiter fort. 1999 expandierte das BIP real um nur 1¼%. Deutschland war von der Schwäche wichtiger Exportmärkte besonders betroffen, die Bauwirtschaft verharrt in einer Krise, privater Konsum und Beschäftigung blieben schwach. Sehr dynamisch entwickeln sich hingegen – trotz anhaltender Klagen über Standortnachteile – die Ausrüstungsinvestitionen. Im 2. Halbjahr erholte sich der Export merklich.

Der beginnende Aufschwung wird nun in einer sehr frühen Phase wirtschaftspolitisch gebremst: Einerseits ist die Geldpolitik der EZB angesichts der hartnäckigen Wachstumsschwäche in Deutschland restriktiv, andererseits tritt mit 1. Jänner 2000 ein Sparpaket in Kraft, das Konsolidierungsmaßnahmen im Ausmaß von 3/4% des BIP umfasst. Für das Jahr 2000 kann deshalb nur mit einem – export- und investitionsgetragenen – Wachstum von 2 1/4% gerechnet werden, weiterhin deutlich weniger als im EU-Durchschnitt. Erst für 2001 wird eine Beschleunigung auf 2 3/4% erwartet.

Der zweite Konjunkturnachzügler in Europa ist Italien. Dort brach der Export 1999 besonders deutlich ein. Eine zudem sehr restriktive Budgetpolitik erzielt hohe Überschüsse in der Primärbilanz der öffentlichen Haushalte (Saldo laufender Einnahmen und Ausgaben ohne Zinszahlungen). Das Wachstum ging im Jahr 1999 über 1% nicht hinaus. Der merkliche Rückgang der Zinsausgaben von Unternehmen und öffentlichem Sektor sowie die zyklische Erholung der Exportindustrie lassen nun eine leichte Beschleunigung erwarten (2000 +2%, 2001 +2 1/2%).

## KRÄFTIGER AUFSCHWUNG DER EXPORT- UND INDUSTRIEKONJUNKTUR

*Export und Sachgütererzeugung zeigten sich in Österreich im 1. Halbjahr 1999 noch sehr schwach. Seit dem Frühjahr hat sich jedoch die Beurteilung der Auftragslage und der weiteren Produktions- und Preisentwicklung im WIFO-Konjunkturtest merklich verbessert. Für die Jahre 2000 und 2001 ist ein kräftiges Wachstum von Warenexport, Güterproduktion und Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten.*

Auch in Österreich hat die Ausfuhr seit Jahresbeginn merklich an Dynamik gewonnen. Waren die Exporterlöse (laut OeNB) im I. Quartal noch um 1 1/2% unter dem Vorjahreswert gelegen, so erreichten sie im III. Quartal bereits ein Wachstum von 7%. Darin spiegeln sich die Erholung der Nachfrage westeuropäischer Handelspartner und die gute preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporteure. Die Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern hat sich seit 1995 um 7% verbessert. Rückläufig war hingegen die Ausfuhr nach Osteuropa – hier kommt vor allem die Nachfrageschwäche in Tschechien und der Slowakei zum Ausdruck.

Mit dem Konjunkturaufschwung in der EU wird sich das Marktwachstum für den Export im Jahr 2000 merklich beschleunigen, es erreicht knapp 6%. Gleichzeitig ge-

### Produktivität

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Gesamtwirtschaft</i>					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,0
<i>Sachgütererzeugung</i>					
Produktion <sup>2)</sup>	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,3	+ 4,3	+ 4,3
Beschäftigte	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	± 0,0
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	+ 5,5	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,3
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten	- 0,1	+ 0,1	- 0,7	± 0,0	± 0,0

<sup>1)</sup> Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – <sup>2)</sup> Nettoproduktionswert. – <sup>3)</sup> Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde.

winnen die österreichischen Industrieunternehmen aufgrund starker Produktivitätszuwächse – die Stundenproduktivität steigt in der Sachgütererzeugung um 4 1/2% – und sehr zurückhaltender Lohnerhöhungen – die Lohnstückkosten sinken um 1 3/4% – neuerlich deutlich an preisbestimmter Wettbewerbsfähigkeit. Dadurch erscheinen beträchtliche Marktanteilsgewinne möglich. Die Zunahme des Warenexports wird sich unter diesen Rahmenbedingungen real auf jeweils 7% in den Jahren 2000 und 2001 beschleunigen.

Die Erholung im Export lässt eine deutliche Steigerung der Sachgüterproduktion erwarten. Darauf weisen die Ergebnisse der WIFO-Konjunkturumfrage unter den Unternehmen der Sachgütererzeugung hin: Einschätzung der Auftragslage, Preis- und Produktionserwartungen deuten auf eine wesentliche Verbesserung vor allem im Investitionsgüter- und Grundstoffbereich hin. Die Konjunkturtestergebnisse lassen zudem auf ein Anhalten der Aufwärtsentwicklung in den nächsten Quartalen schließen. Die Wertschöpfung könnte somit in der Sachgütererzeugung im Jahr 2000 real um mehr als 4% über dem Vorjahreswert liegen. Die heimischen Industrieunternehmen sehen sich angesichts günstiger Absatzerwartungen, guter Gewinnlage, aber auch wachsenden Wettbewerbsdrucks zu einer raschen Erneuerung des Kapitalbestands veranlasst – die Ausrüstungsinvestitionen nehmen kräftig zu (2000 +7%).

## ANHALTEND HOHES DEFIZIT IN DER LEISTUNGSBILANZ

Das Defizit in der Leistungsbilanz erreicht 1999 etwa 60 Mrd. S. Die kräftige Inlandsnachfrage war mit deutlichem Importwachstum verbunden. Zudem belastete der Anstieg der Rohölimportpreise die Handelsbilanz merklich. Die Importnachfrage bleibt auch im Jahr 2000 lebhaft. Konsum- und Investitionen wachsen weiterhin stark, der Rohölimport verteuert sich im Vorjahresvergleich neuerlich, und die Erholung im Export lässt die Einfuhr von Vorleistungsgütern beschleunigt steigen. Andererseits nimmt der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz aufgrund wachsender Tourismusumsätze und real

sinkender Ausgaben der Österreicher im Ausland merklich zu, und auch die Bilanz sonstiger Dienstleistungen zeigt ein wachsendes Aktivum.

Belastet wird die Leistungsbilanz durch erhebliche Abflüsse an Zins- und Dividendeneinkommen sowie Gewinnen aus Direktinvestitionen: In der Folge des hohen Kapitalzustroms der letzten Jahre zum attraktiven Investitionsstandort Österreich entstehen nun entsprechende Kapitalerträge. Aufgrund der Definitionen der Zahlungsbilanz werden auch Kapitalerträge ausländischer Eigner, die in Österreich reinvestiert werden, als Abfluss in der Einkommensbilanz (und Zufluss in der Kapitalbilanz) verbucht.

Im Jahr 2001 könnte sich bei anhaltend günstiger Entwicklung der europäischen Konjunktur und gleichzeitig etwas gedämpfter Inlandsnachfrage infolge der Sparanstrengungen der öffentlichen Haushalte eine leichte Entlastung der Leistungsbilanz ergeben.

## PRIVATER KONSUM EXPANDIERT KRÄFTIG

*Trotz des schwachen Lohnwachstums steigen die realen Nettomasseneinkommen im Jahr 2000 aufgrund der umfangreichen Steuerentlastung und der Ausweitung der Familientransfers kräftig. Dies zieht eine markante Expansion des privaten Verbrauchs nach sich.*

Im Jahr 1999 trugen die Konsumausgaben der privaten Haushalte die Konjunktur, sie erhöhten sich real um 2¼%. Die leichte Revision der WIFO-Prognose gegenüber dem Herbsttermin resultiert primär aus der erstmaligen Erfassung der stark expandierenden Ausgaben für Telekommunikationsdienstleistungen im Rahmen des ESVG 1995. Weiterhin ermöglichen die rasche Beschäftigungsausweitung, die Einkommenssteigerung und die Preisstabilität kräftige Kaufkraftgewinne. Die Nettomasseneinkommen erhöhten sich real um etwa 3%. Die zuversichtliche Konsumentenstimmung bleibt erhalten. Im Jahr 2000 dämpfen die zurückhaltenden Lohnabschlüsse (die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer werden nominell um nur 1¾% steigen) das Einkommenswachstum beträchtlich. Andererseits bieten die neuerliche Ausweitung der Familientransfers und die Entlastung durch die Steuerreform zusätzliche Impulse für verfügbare Einkommen und Verbrauch. Die Konsumausgaben der Inländer steigen dann real um 2¾%. Besonders stark erhöht sich die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Der Handel verzeichnet aufgrund günstiger Konsumentenstimmung und wachsender Ausgaben der Touristen weiterhin ein kräftiges Umsatzwachstum (2000 real +3%).

### Konsum und Einkommen

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3
Dauerhafte Konsumgüter	- 3,5	+ 1,9	+ 6,0	+ 4,5	+ 2,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,3
Nettomasseneinkommen	- 2,3	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,7

<sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Im Jahr 2001 dürften die Nettomasseneinkommen schwächer steigen als zuletzt. Die positiven Impulse der Steuerreform fallen zum Teil weg, und weitere Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung sind zu erwarten. Damit wird auch der private Konsum etwas an Dynamik verlieren (+2¼%). Mangels einer vollständigen Verteilungsrechnung nach ESVG 1995 kann zur Zeit noch kein Sparanteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte errechnet werden. Ein Vergleich der Konsumausgaben mit der Entwicklung der Nettomasseneinkommen zeigt jedoch, dass 1999 und 2000 die steigende Tendenz der Sparquote anhält.

Bauproduktion und -investitionen entwickeln sich unterdurchschnittlich – ihr Wachstum wird über 1% bis 2% nicht hinausgehen. Die Nachfrage nach Wohnungsneubauten fehlt weiterhin. Die Sanierungstätigkeit war 1999 noch sehr rege, das Auslaufen der Steueranreize könnte nun durch eine Reorientierung von Teilen der Wohnbauförderung auf den Sanierungsbereich kompensiert werden. Umfangreiche öffentliche Investitionen in die Schienen- und Straßeninfrastruktur lassen die Produktion im Tiefbau kräftig steigen. Sparbemühungen in den öffentlichen Haushalten betreffen diese ausgegliederten Bereiche nur wenig. Auch der Büro- und Wirtschaftsbau entwickelt sich im Zuge der günstigen Konjunktur lebhaft.

## STEUERREFORM UND KÜRZUNG DER ERMESSENSAUSGABEN PRÄGEN BUDGETENTWICKLUNG

*Die derzeitigen Annahmen über die Budgetentwicklung werden von Wirtschaftswachstum, Steuerreform und Kürzung der Ermessensausgaben bestimmt. Daraus ergibt sich ein Defizit des Sektors Staat von 2,2% des BIP im Jahr 2000 und knapp 2% im Jahr 2001. Weitere Konsolidierungsmaßnahmen sind notwendig.*

Die Steuerreform, die mit 1. Jänner 2000 in Kraft tritt, bringt eine großzügige Entlastung im Bereich der Einkommen- und Unternehmenssteuern. Nach der vollen Umsetzung betragen die direkten Kosten für das Bud-

*Löhne, Wettbewerbsfähigkeit*

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,3
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	- 1,1	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,3
Netto	- 3,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,8
Nettomasseneinkommen, nominell	- 0,5	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,9	+ 2,7
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,2	- 0,0	+ 0,3
Sachgütererzeugung	- 4,0	- 0,7	- 0,7	- 1,8	- 1,4
Relative Lohnstückkosten <sup>1)</sup>					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 3,6	+ 0,5	- 2,4	- 1,2	- 1,6
Gegenüber Deutschland	+ 1,2	+ 1,5	- 2,4	- 0,9	- 1,7
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	- 1,8	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,2
Real	- 2,5	+ 0,0	- 1,2	- 0,2	- 0,5

<sup>1)</sup> In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

*Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren*

	1997	1998	1999	2000	2001
<i>Budgetpolitik</i>					
Budgetsaldo des Bundes, netto	Mrd. S -67,2	-66,0	-69,0	-70,0	-65,0
in % des BIP	- 2,7	- 2,5	- 2,6	- 2,5	- 2,2
Finanzierungssaldo des Staates laut VGR					
in % des BIP	- 1,9	- 2,4	- 2,1	- 2,2	- 1,9
	In %				
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz	3,5	3,6	3,0	3,4	3,7
Sekundärmarktrendite <sup>1)</sup>	5,7	4,7	4,7	5,5	5,7
Sekundärmarktrendite, gesamt	4,8	4,4	4,1	5,0	5,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Effektiver Wechselkurs</i>					
Nominell	- 2,3	+ 0,6	- 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Real	- 3,3	- 0,2	- 1,3	- 0,2	- 0,5

<sup>1)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

get gut 20 Mrd. S. Gleichzeitig werden Wachstumsimpulse für den privaten Konsum ausgelöst, die das Aufkommen an indirekten und direkten Steuern erhöhen. Daraus ergäbe sich ein merklicher Anstieg der Nettokreditaufnahme des Sektors Staat, die im Jahr 1999 schon auf etwa 2% des BIP zurückgegangen war. Der Finanzminister reagierte auf die absehbare Anspannung der Budgetsituation im Rahmen des Budgetprovisoriums mit einer spürbaren Kürzung der Ermessensausgaben der Ministerien um etwa 20 Mrd. S. Erst die Erstellung eines Bundesvoranschlags für das Jahr 2000 durch eine neue Bundesregierung wird eine stärker auf Strukturveränderungen ausgerichtete Sparpolitik ermöglichen.

Die vorliegende Prognose geht von den derzeit beschlossenen umfangreichen Einsparungsbemühungen im öffentlichen Konsum aus. Die Ausgaben des Bundes für Vorleistungen, Investitionen und Subventionen werden merklich zurückgenommen (knapp ein Drittel dieser Maßnahmen wurde bereits in der Herbstprognose des WIFO berücksichtigt). Die Ausgabenkürzung ermöglicht das Erreichen einer Neuverschuldung des öffentlichen Sektors von etwa 2,2% des BIP im Jahr 2000. Im Jahr 2001 könnte der Finanzierungssaldo des Staates auf -1,9% zurückgehen – diese Prognose unterstellt neuerlich strenge Ausgabenzurückhaltung im öffentlichen Konsum. Die Überschüsse in den Landeshaushalten werden hier mit 0,3% des BIP angenommen.

Damit liegt das Defizit der öffentlichen Haushalte weiterhin deutlich über den Zielen des Stabilitätsprogramms (Neuverschuldung von 1,7% des BIP im Jahr 2000 bzw. 1,5% im Jahr 2001). Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung werden deshalb auch mittelfristig notwendig sein – zur Erreichung der Verpflichtungen auf europäischer Ebene und vor allem zur Schaffung von fiskalpolitischem Spielraum für eine Gegensteuerung in Zeiten ungünstiger Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung.

**ARBEITSMARKTPOLITISCHE ZIELE DÜRFTEN NUR ZUM TEIL ERREICHT WERDEN**

*Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums lässt die Beschäftigung merklich steigen. Überwiegen wird weiterhin die Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Die Arbeitslosigkeit geht – vor allem aufgrund intensiver Schulungs- und Trainingsaktivitäten – kontinuierlich zurück. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2001 nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode 6,2%, laut EU Labour Force Survey 4,1% erreichen.*

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich gemessen an Beschäftigtenzahl und Arbeitslosigkeit rasch: 1999 wurden fast 36.000 (+1,2%) zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen; damit ergab sich ein neuer Höchststand der Beschäftigung. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ging um 15.000 zurück.

Die Strukturindikatoren relativieren diese Zahlen etwas. Die Beschäftigungsausweitung betraf in den letzten Jahren ausschließlich die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen, während die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze zurückging. 1999 hingegen wurde auch die Vollzeitbeschäftigung wieder ausgeweitet. Dies trug zum Rückgang der Arbeitslosigkeit bei. Noch wichtiger waren die deutliche Ausweitung der Schulungsaktivitäten und die Erhöhung der Mittel für Beschäftigungsbeihilfen (z. B. befristete Lohnsubventionen für Betriebe, die Langzeitarbeitslose einstellen). Die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik erreichten 18% der gesamten öffentlichen Arbeitsmarktausgaben. Jene Arbeitslosen, denen die Unterstützung gestrichen wurde – vielfach betrifft dies Personen, die nicht bereit waren, an den Maßnahmen des „Job Coaching“ teilzunehmen – werden nun nicht mehr als arbeitslos gezählt.



## Arbeitsmarkt

	1997	1998	1999	2000	2001
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+ 8,8	+22,1	+31,0	+31,2	+27,8
Unselbständig Beschäftigte insgesamt <sup>1)</sup>	+ 8,3	+21,1	+30,0	+29,3	+25,8
Ohne Präsenzdienr und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	+12,8	+29,8	+35,7	+31,0	+27,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9
Präsenzdienr und Bezieher von Karenzurlaubsgeld <sup>1)</sup>	- 4,4	- 8,7	- 5,7	- 1,7	- 1,2
Ausländische Arbeitskräfte	- 1,6	- 0,2	+ 6,8	+ 9,0	+ 7,0
Selbständige <sup>2)</sup>	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,0
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Erwerbspersonen im Inland	+11,7	+26,5	+16,0	+24,7	+18,8
Ausländer	- 1,7	+ 0,7	+ 5,7	+ 7,0	+ 5,5
Wanderung von Inländern	+ 5,4	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,5
Inländer	+ 8,0	+21,9	+ 7,3	+15,7	+11,8
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>3)</sup>	+ 2,8	+ 4,4	-15,0	- 6,5	- 9,0
Stand in 1.000	233,3	237,8	222,8	216,3	207,3
<i>Arbeitslosenquote</i>					
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,4	4,7	4,4	4,2	4,1
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,4	6,5	6,0	5,8	5,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,1	7,2	6,7	6,5	6,2
Erwerbsquote <sup>4)</sup>	67,2	67,6	67,7	67,9	68,1
Beschäftigungsquote <sup>5)</sup>	62,9	63,2	63,6	64,0	64,3

<sup>1)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>2)</sup> Laut WIFO. – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>4)</sup> Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – <sup>5)</sup> Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Mit der Erholung der Export- und Industriekonjunktur geht in den Jahren 2000 und 2001 die Zahl der Beschäftigten in der Sachgütererzeugung nicht mehr zurück, zentrale Bereiche der technischen Verarbeitung (Maschinen- und Fahrzeugbau u. a.) nehmen Arbeitskräfte auf. Das Beschäftigungswachstum bleibt weiterhin hoch (im Jahr 2000 +31.000 unselbständig Beschäftigte ohne Präsenzdienr und Bezieher von Karenzurlaubsgeld, im Jahr 2001 +27.000). Der Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze betrifft primär den Dienstleistungssektor, und weiterhin dürften überwiegend Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Mit der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wird aber auch die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze wieder zunehmen. Auch umgerechnet in Vollzeitäquivalente wird die Beschäftigung deshalb in den kommenden Jahren steigen.

Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums ist unmittelbar mit einer Zunahme der Beschäftigung verbunden. Der Zusammenhang mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit ist etwas weniger eng. Viele Arbeitslose suchen Vollzeitarbeitsplätze, ältere Arbeitslose sind oft nur schwer vermittelbar, Qualifikationsprobleme treten verstärkt auf. Die zusätzlichen Teilzeitarbeitsplätze werden zum überwiegenden Teil mit neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Personen besetzt. Die vorliegende Prognose nimmt – obwohl noch kein Budget für die Arbeitsmarktpolitik vorliegt – an, dass die Ausgaben für Arbeitsmarkttraining, Schulungen sowie Lohnsubventionen

zumindest im Jahr 2000 nicht stark unter das Niveau von 1999 sinken. Insgesamt ist dann ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 216.000 Personen im Jahresdurchschnitt möglich. Für 2001 bestehen noch erhebliche Unsicherheiten über die institutionellen Rahmenbedingungen, der Konjunkturaufschwung wird die Arbeitslosigkeit jedoch weiter sinken lassen. Die Arbeitslosenquote könnte dann 4,1% der Erwerbspersonen laut EU Labour Force Survey bzw. 6,2% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode betragen.

Die Bundesregierung hat bei Beschlussfassung des Nationalen Aktionsplanes für Beschäftigung im Jahr 1997 zwei Arbeitsmarktziele gesetzt: Bis 2002 soll die Beschäftigtenzahl um 100.000 steigen, und die Arbeitslosenquote soll auf 3½% zurückgehen. Die vorliegende Prognose lässt erwarten, dass das Beschäftigungsziel bereits im Jahr 2001 erreicht wird, freilich nur bezogen auf die Beschäftigungsverhältnisse und nicht in Vollzeitäquivalenten gerechnet. Das Arbeitslosenziel könnte aus heutiger Sicht nur bei einer deutlichen Verstärkung der Anstrengungen erfüllt werden. Diese ist auch erforderlich, um die im Rahmen der „beschäftigungspolitischen Leitlinien“ auf EU-Ebene vorgegebenen Ziele – etwa die Steigerung der Zahl der Arbeitslosen, die an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen, auf mindestens 20% aller Arbeitslosen – zu erreichen.

## PREISSTABILITÄT BLEIBT AUCH BIS 2001 ERHALTEN

Die Preisstabilität wird auch durch die merkliche Erdölverteuerung nicht gefährdet. Zwar hat sich in den letzten Monaten der Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht, im Jahresdurchschnitt 1999 beträgt die Inflationsrate auf Verbraucherebene dennoch nur 0,5%.

Im Jahr 2000 kommt der Effekt der Erdölpreiserhöhung deutlicher zum Tragen, er macht auf Verbraucherebene etwa +¼ Prozentpunkt aus. Allerdings stehen die Preise anderer Energieträger – durch die Liberalisierung des Strommarktes – unter Druck. Der Auftrieb der Nahrungsmittelpreise beschleunigt sich wieder etwas. Hingegen verflacht der Mietenanstieg aufgrund des Überangebotes an Wohnungen. Wegen der sehr zurückhaltenden Lohnrunde steigen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten nicht – auch das wirkt, sofern die Unternehmen die Kostenstabilität in der Preisgestaltung berücksichtigen, inflationsdämpfend. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird im Jahresdurchschnitt 2000 nur 1,1% betragen.

Auch 2001 bleibt die Preisstabilität gewahrt. Von den Energiepreisen wird kein weiterer Druck nach oben ausgehen, und markante Erhöhungen der Preise anderer Verbrauchsgüter zeichnen sich nicht ab. Die Inflationsrate könnte bei etwa 1% liegen.

Abgeschlossen am 15. Dezember 1999.